

Gesellschaft für humane Luftfahrt Mainz e.V.

Gemeinnütziger Verein gegen Fluglärm seit 1996

Geschäftsstelle : 55126 Mainz, Domitianstr. 40 ; Tel. : 06131/478247
E-mail: st.ma-geowiss@web.de ; Bankverbind. : 588574012 Mainzer Volksbank

Anmerkungen zu den einführenden Aussagen im Dialogpapier "Infrastruktur-Konsens" der SPD-Bundestags-Fraktion

Liest man auf den ersten Seiten des Dialog-Papiers "Infrastrukturkonsens" der SPD-Bundestags-Fraktion, gewinnt man u.E. - zuweilen - den Eindruck, in einer Werbebroschüre der Luftverkehrs-Industrie zu blättern.

(Eine von vielen Kostproben : "Luftverkehr als Motor für den Wohlstand")

Es wird u.a. angemerkt, dass man mit den Flughafenkonzepten 2000 und 2009 "entscheidende Schritte" zu einer nachhaltigen Strategie unternommen habe.

Weiter wird ausgeführt : Die Novelle des Fluglärmsgesetzes 2007 habe zu einer "deutlichen Verbesserung" für die jeweilige Umgebung der großen Flugplätze geführt.

Schließlich stellt man dann aber doch noch die Grundfrage,

ob man den "Mobilitätsbedürfnissen der Menschen und Unternehmen freien Raum lässt" oder ob man "den Luftverkehr in seiner Entwicklung beschränkt".

Die Beantwortung erfolgt umgehend.

Die Politik müsse sich - als Leitbild - in gleicher Weise an dem Mobilitätsbedürfnis und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes orientieren wie an Nachhaltigkeit, Gesundheits-, Lärm- und Klimaschutz.

Überhaupt : viele Menschen seien von Fluglärm gar nicht betroffen, wird in dem Papier festgestellt.

Von Rücksichtnahme der Nicht-Betroffenen auf die "Noch-Minderheit" der Betroffenen ist nicht die Rede.

Die SPD-Bundestagsfraktion, so wird schließlich angemerkt, habe immer auf die Anerkennung des Ergebnisses der Mediation gedrängt. Dies soll wohl, bezogen auf FRA heißen: auf die Anerkennung von 700.000 Flugbeweg.- oder auch mehr.

Man wolle eine "signifikante Reduzierung des Fluglärms" erreichen, dabei wird aber übersehen - oder nicht erwähnt - dass die Steigerungsraten bei der Anzahl der Flugbewegungen die in ihrer lärmreduzierenden Wirkung sehr begrenzten Maßnahmen, wie lärmgünstigere Flugverfahren oder Einsatz sogenannter leiserer (d.h. aber nicht leise) Flugzeuge restlos kompensieren.

Das "Mobilitätsbedürfnis" der Bürger müsse anerkannt werden, Mobilität müsse gesichert werden und "Mobilitätstrends" erkannt werden, wird geschwärmt.

Stehen nicht eben solche Thesen in den Programmen von CDU und FDP ?

Weiterhin ist zu lesen : Luftverkehr sei ein "wichtiger Bestandteil für Wachstum".

Luftverkehrskreuze werden besonders hervorgehoben und nicht in Frage gestellt.

De-zentrale Flughafenstrukturmodelle (etwa jenes aus 2000) werden in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt.

Man hebt besonders hervor, dass mittlerweile auch Menschen mit niedrigem Einkommen

"das Flugzeug regelmäßig nutzen könnten" - ohne gleichzeitig zu sagen, dass die Ticketpreise - bezogen auf die wahren Kosten - reine Scheinpreise darstellen.

Abschließend werden noch die Fragen präsentiert : (s. Frage 11 und 12)

Was ist rechtlich, organisatorisch und technisch möglich, die Lärm- und Schadstoffbelastung bis zum Jahre 2030 in Deutschland deutlich zu reduzieren ?

Wie kann der Widerspruch zwischen den Zielen der Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs und den umweltpolitischen Anforderungen "aufgelöst" werden ?

Die erste Frage sollten wir den Abgeordneten umfassend beantworten.

Bei der zweiten Frage sollte man den Mut haben festzuhalten : der Widerspruch ist prinzipiell unauflösbar.

Für den Vorstand der GhL
Friedrich Herzer



SPD-Stadtratsfraktion · Jockel-Fuchs-Platz 1 · 55116 Mainz

An die Mitglieder der Facharbeitsgruppen
„Verkehr, Bauen und Infrastruktur“ und
„Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“
in den Koalitionsverhandlungen

Ich mag mein Mainz

Telefon: 06131 - 12 21

Telefax: 06131 - 12 20

www.spd-mainz

spd-stadtratsfraktion@stadt.mainz

04. November 21

Problematik des Fluglärms im Koalitionsvertrag berücksichtigen

Liebe Ute, lieber Florian,
liebe Mitglieder der Verhandlungskommission,

für viele Menschen stellt der Verkehrslärm inzwischen die bedeutendste Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität im Alltag dar. Eine gesundheitsschädigende Wirkung von Fluglärm – vor allem in der Nacht – gilt inzwischen als nachgewiesen.

Die Bewohner im Rhein-Main sind durch den vom Flughafen Frankfurt/Main ausgehenden Fluglärm in immer weiter steigendem Ausmaß betroffen. Die Grenze des Erträglichen ist in weiten Teilen unserer Region seit Langem überschritten.

Mehrere tausend Menschen demonstrieren jeden Montag im Terminal des Flughafens, um auf dieses Problem hinzuweisen. Die Proteste halten seit mittlerweile zwei Jahren an und verstärken sich, die Mitgliederzahlen der Bürgerinitiativen steigen - auch weil sich für die Betroffenen bisher keine Verbesserung ergeben hat.

Durch die neue Landebahn Nordwest des Frankfurter Flughafens sollen bis zu 250.000 zusätzliche Flugbewegungen im Jahr möglich werden. Die inzwischen von der Deutschen Flugsicherung (DFS) eingeführten Flugrouten, insbesondere der Landeanflug und die Südumfliegung, haben zu weiteren, unzumutbaren Belastungen geführt.

Auf dem Bundesparteitag der SPD im Jahre 2011 in Berlin haben sich die Delegierten auf Antrag der SPD Rheinland-Pfalz und der SPD Hessen für eine Verminderung von Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main und für eine Stärkung der Bürgerrechte in Fragen des Lärmschutzes ausgesprochen. Darüber hinaus hat sich der Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz im November 2012 auch für ein festeinzuhaltendes Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr ausgesprochen.

Liebe Ute, lieber Florian, liebe Mitglieder der Verhandlungskommission, ihr seid nun in der Lage diese Forderung der SPD in künftiges Regierungshandeln einzubringen. Wir möchten Euch eindringlich darum bitten, das Thema Fluglärm zum Thema in den

Koalitionsverhandlungen zu machen und darauf zu pochen, dass Regelungen im Sinne der SPD Eingang in einen möglichen Koalitionsvertrag finden.

Unsere Kernforderung umfasst die grundsätzliche Begrenzung der Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt und ein fest einzuhaltendes Nachtflugverbot von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Gerne legen wir Euch den Beschluss des Bundesparteitags vom 04.-06. Dezember 2011 bei, der die weiteren Forderungen umfasst.

Bitte denkt daran, wirtschaftliche Interessen einzelner Unternehmen nicht über den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung zu stellen. Nicht zuletzt weil die gesundheitliche Gefährdung durch Lärm inzwischen wissenschaftlich festgestellt ist, muss sich dieser Grundsatz sozialdemokratischer Politik auch in geänderten Bundesgesetzen und -verordnungen widerspiegeln.

Wir vor Ort zählen auf Eure Unterstützung und wünschen alles Gute für die Verhandlungen!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Eckart Lensch

*Fraktionsvorsitzender der SPD
im Mainzer Stadtrat*